

Themen der letzten Wochen:

- CDU sucht Mittel gegen Altersarmut
- Private Alterssicherung bröckelt
- Zusatzrente

Argumente nachfolgend für die Medien (Fernsehen, Presse, ...) am Beispiel

DIREKTVERSICHERUNG

Gewinner waren, und sind immer noch:

Arbeitgeber ...

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4121>
Direktversicherung: Milliardengeschenk für Arbeitgeber

und Versicherungsgesellschaften!

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=5112>
Direktversicherung: 2007 gab`s 6,1 Mio. Verträge

Verlierer sind nach wie vor

wir Bürger, die mit jahrelangem Konsumverzicht
aus ihrem Privatvermögen
mit staatlicher Empfehlung
die Form der Direktversicherung gewählt hatten!

Statt Rentenergänzung als Ergebnis

KAPITALVERNICHTUNG

Verlierer ist aber auch die Politik,
die das Vertrauen ihrer Bürger missbraucht hat.

Vertragsschutz,
Vertragstreue,
Bestandsschutz,
Vertrauensschutz,
Gleichbehandlung,
Gerechtigkeit,
Verlässlichkeit,
Treu und Glauben

gilt nur noch für Politiker,

aber nicht mehr für uns Bürger!

Beweisführung nachfolgend.

Beitrag für Fernsehsendung ARD-Monitor am 15.11.2012
mit Fakten und Fragen, die in vorangegangenen Sendungen
bisher nicht zur Sprache kamen,
aber entscheidend sind für die Bewertung des GMG¹

Autor: Horst Debusmann

als unverbesserlicher Optimist, dass Altverträge in einem Rechtsstaat
vom Gesetzgeber und BVerfG respektiert werden

¹ Gesundheitsmodernisierungsgesetz

Persönliche Daten (Edeltraud Debusmann)

Abschluss über meinen AG als Sammelvertrag bei der Hannoverschen Lebensversicherung

	Versichg.beginn	Versichg.summe	Jahresbeitrag
1)	01.10.1984	68.008,00 DM	2.400,00 DM
2)	01.10.1990	15.079,00 DM	600,00 DM
3)	01.10.1996	6.348,00 DM	408,00 DM
	01.10.2009	Versicherungsende	Laufzeit: 25 Jahre

Durch Insolvenz meines AG wurde die Versicherung zum 01.10.2002 auf meinen Namen als Versicherungsnehmer umgeschrieben.

Beitragszahlungen ohne Arbeitgeberanteil ...

- bis zum 01.10.2002 aus Gehaltsumwandlung (Weihnachtsgeld),
- danach aus **Arbeitslosengeld und BfA-Rente** bis zum 01.10.2009 (65. Lebensjahr).

Auszahlung im November 2002

Schreiben der Hannoverschen Leben mit Schreiben vom 29.08.2011:

1. Bis bis zum 30.09.2002 wurden die Jahresbeiträge zum 01.10. eines Jahres im Rahmen der Gehaltsumwandlung entrichtet.
2. Das Rentenwahlrecht wurde zum jeweiligen Vertragsbeginn ausgeschlossen.
3. Die Ablaufleistungen wurden als Einmalbeträge zum 01.10.2009 ausgezahlt.

Mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG zum 01.01.2004) müssen von der ausbezahlten Summe jetzt erneut Beiträge zur GKV/PV entrichtet werden (aktuell 17,5%), obwohl schon während des Erwerbslebens entrichtet, siehe ...

<http://www.handwerksblatt.de/Handwerk/Mittelstand/Betrieb/6511.html>

Direktversicherung: Jetzt kassiert die Krankenkasse doppelt

Direktversicherungen waren einmal nicht nur steuerlich ein attraktives Instrument, um zusätzlich fürs Alter vorzusorgen. Viele Betriebsrentner fallen deshalb aus allen Wolken, wenn sie erfahren, dass neuerdings auf ihr angespartes Kapital bei der Auszahlung noch einmal Krankenkassenbeiträge fällig werden.

Erst mahnt der Staat die private Vorsorge an, dann kassiert er

Fast unbemerkt kam der Zusatz im Sozialgesetzbuch ...

Persönliche Initiative

Seit mehr als drei Jahren führe ich Schriftverkehr mit ...

- den Vorständen aller im Bundestag vertretenen Parteien und deren Bundestagsfraktion,
- dem Petitionsausschuss,
- dem Bundeskanzleramt,
- dem Bundesministerien für Gesundheit,
- dem Bundespräsidenten und Bundestagspräsidenten,
- Bundessozial- und Bundesverfassungsgericht u. a.

Es ist frustrierend und demütigend, weil alle angeschriebenen Politiker mir und anderen Betroffenen partout die Antworten auf berechnete Fragen verweigern, man ist immun (ein sehr bürgerunfreundliches Verhalten). Man stößt mehr als sechs Millionen betroffenen Menschen vor den Kopf, die Empfehlungen des Staates folgten und als Dank dafür von diesem bitter enttäuscht wurden.

Statt der erhofften Rentenergänzung wurde die Direktversicherung zur Kapitalvernichtung.

Eine unglaubliche Demütigung gutgläubiger Bürger, die bei diesen nur noch Wut und Politikverdrossenheit hervorruft, deren Vertrauen missbraucht wurde.

Siehe u.a. ...

<http://www.altersdiskriminierung.de/magazin/artikel.php?id=4996>

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4813>

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4715>

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4484>

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=3953>

<http://www.versicherung-in.de/krankenkassenbeitrag-direktversicherung-20070527-0-944/>

<http://www.versicherung-in.de/10t-euro-weniger-auf-treu-und-glauben-ihre-bundesregierung-direktversicherung-9281/>

<http://www.kruedewagen.de/blog/>

http://www.kruedewagen.de/blog/wp-content/uploads/121003_an-Bundestag.pdf

http://www.versicherung-in.de/wp-images/2012/08/120812_offener-brief-an-bundeskanzlerin_ltw.pdf

Nachfolgende Fragen warten immer noch auf Antworten:

1

Weshalb werden ...

Einzahlung in eine Direktversicherung – ohne Arbeitgeberanteil – mit Beiträgen aus dem Privatvermögen, hier

Weihnachts- und Arbeitslosengeld (!) sowie BfA-Rente (!)

vom Gesetzgeber als eine der BETRIEBSRENTE (!)
vergleichbare Einnahme deklariert,

und als solche mit einem erneuten Abzug zur GKV/PV (z.Z. 17,5%) belastet,

während Einzahlung vom Arbeitgeber zusätzlich zum Gehalt
in eine auf den Namen des Mitarbeiters abgeschlossene Lebensversicherung
jedoch keine Betriebsrente darstellt (!)

und somit bei Fälligkeit frei bleibt von Abzügen an die GKV?

Siehe BSG-Urteil des 12. Senats am 10.05.2010 (B 12 KR 15/09 R - K. ./ . DAK).

Der bisherige Standardhinweis, „Entscheidend ist, wer ist Vertragsinhaber“,
ist der eigentliche Konstruktionsfehler im GMG.

"Wer hat die Beiträge bezahlt", müsste statt dessen im Gesetz stehen!

Es ist mit dem gesunden Menschenverstand nicht vereinbar, Zahlungen aus dem **Privatvermögen**, u.a. aus Arbeitslosengeld und BfA-Rente einer der Betriebsrente vergleichbaren Einnahme zuzuordnen?

Drastischer kann man die Unlogik wohl nicht mehr vor Augen führen!

2 Mit welchem Bezug zum Grundgesetz können ...
 Politiker „**Pacta sunt servanda**“ >> http://de.wikipedia.org/wiki/Pacta_sunt_servanda

für sich in Anspruch nehmen,
 das Prinzip der Vertragstreue den Bürgern aber verweigern?

Frau Dr. Merkel im ZDF-Sommerinterview mit Bettina Schausten am 15.07.2012 ...

„Wir sagen, dass wir die Gesetze, die wir uns selbst gegeben haben, auch wirklich einhalten wollen. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass sich zu viele daran nicht gehalten haben.“

Und leider hat die rot-grüne Bundesregierung unter meinem Vorgänger dabei auch keine besonders rühmliche Rolle gespielt, wie man dieser Tage wieder lesen kann.

Demokratie lebt davon, dass die Verträge nicht nur in guten Zeiten gelten, wo man nicht an ihre Grenzen stößt, sondern dass Verträge auch in schwierigen Zeiten gelten, ist das klare Bekenntnis zur Gerechtigkeit.“

http://www.guenter-pilger.de/Direktversicherung-Enteignung_2.htm

Wolfgang Schäuble in der ZDF-Sondersendung am 12.09.2011
 „Was nun, Herr Schäuble?“
 zur Frage der Stabilität des Euro und die Rettung Griechenlands
 (Herr Schäuble sprach von Vertrauen und Sicherheit) ...

„Wir haben Verträge in Europa, und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun, dass man sich an geschlossene Verträge hält!“

Wolfgang Schäuble im ZDF Heute-Journal am 02.04.2012 im Zusammenhang mit dem Ringen um den Umgang mit Schwarzgeld dem Moderator Claus Kleber sagte ...

"sie (Anm.: die Schweiz) ändert ihre Gesetze nicht rückwirkend, das tun wir übrigens in Deutschland auch nicht ..."

Wolfgang Schäuble in der Tagesschau am 07.05.2012 im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt ...

"wir werden die neue französische Regierung davon überzeugen, dass ein alter Satz der Grundlage der Rechtsordnung ist – pacta sunt servanda – die eingegangenen Verpflichtungen gelten ...".

Unser Gesetzgeber maßt sich jedoch an, Verträge zur Direktversicherung sogar rückwirkend außer Kraft zu setzen. Damit beschädigt er unsere eigene Kultur, und verteidigt dies auch noch als rechtens. Ein eklatanter Widerspruch mit enormen Defizit zur Glaubwürdigkeit.

2

Kurt Beck im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich ...
(Offenbach-Post vom 21.12.2010)

**„Ich bin sofort bereit, eine Gegenklage zu erheben,
wenn Verträge nicht mehr gelten!“**

Artikel im Mühlacker Tagblatt vom 16. Mai 2012. Dort sagte Axel Schäfer (selbst Mitglied im Petitionsausschuss) im Zusammenhang mit der derzeitigen griechischen Tragödie ...

„Wir stellen nur eine Bedingung: Verträge sind einzuhalten“.

Fazit:

Warum gelten diese Aussagen nicht für meine 1983 (!) auf damals gültiger Rechtslage zwischen mir und meinem Arbeitgeber abgeschlossenen Direktversicherungsverträge?

Warum greift der Gesetzgeber nach 21 Jahren (!) rückwirkend in laufende Verträge ein, die nur zwischen Vertragsparteien geändert werden können?

Warum gelten Verträge nur für Politiker, aber nicht für die Bürger, die sie wählen?

Hierzu auch Hinweis auf das von der SPD am 27.03.2012 verabschiedete Positionspapier zur Reform der Pflegeversicherung:

(http://www.spdbundestagsfraktion.de/cnt/rs/rs_dat_ei/0,,15923,00.pdf).

Dort liest man auf Seite 32 "**Vertrauensschutz ist uns wichtig**", und auf der Seite zuvor werden „**Grundprinzipien**“ eingefordert.

Resümee:

Von anderen fordern, diese wohl gemeinten Ratschläge aber im eigenen Lande nicht einhalten, ist ein fatales Signal zur Glaubwürdigkeit politischer Aussagen!

Diese Grundprinzipien (pacta sunt servanda, Vertrauensschutz) wurden für die Direktversicherung ausgehebelt, in so fern ein doppelzünftiges Spiel mit Menschen, die Empfehlungen des Staates gefolgt waren und mit dem GMG kein „Modernisierungs-“, sondern ein Kapitalvernichtungsgesetz präsentiert bekamen.

Aussage vom Vorstand der CDU-Senioren-Union, Herr Prof. Dr. Wulff an ein Mitglied unseres Arbeitskreises „GMG-Geschädigte DV-Versicherte“ ...

„Wir werden und dürfen in der Senioren-Union nicht zulassen, dass der Vertrauensschutz der Rentner gefährdet oder irgendwie in Zweifel gezogen wird.

In unserer Vereinigung werden wir alles dafür tun, dass Verstöße gegen den Vertrauensschutz geahndet werden und Gesetze, die den Vertrauensschutz negativ beeinflussen, auch wieder abgeschafft werden.“

Sind das alles nur Lippenbekenntnisse,
oder belastbare Aussagen?

Auf alle vorgenannten Fragen werden bis heute die Antworten verweigert?

3

URTEIL

Schadenersatz für Vergewaltiger

Von Detlef Drewes, Brüssel

Straßburg ■ Deutschland hat sich wegen seines Umgangs mit Sexualstraftätern erneut eine schallende Ohrfeige vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingefangen. Der heute 58-

Unfassbar für Inhaber einer Direktversicherung, hier: Vertrauensschutz, Rückwirkungsverbot:

Urteil in Straßburg:
Kommentar in der Offenbach Post vom 15.04.2011:

„Dass ein mehrfach wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung verurteilter Straftäter Entschädigung bekommt, ist schon starker Tobak. Und doch haben die Straßburger Hüter der Menschenrechtscharta Recht.“

Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Verurteilter mit einer Strafe belegt wird, die zum Zeitpunkt des Richterspruchs noch gar nicht existierte.

Zudem dürfe vom Prinzip „Keine Strafe ohne Gesetz“ nicht abgewichen werden. (Anmerkung: Hier ist die Gesetzeslage zum Zeitpunkt der Verurteilung gemeint)

Eine rückwirkende Verlängerung sei deshalb untragbar.“

Singgemäß auf die Direktversicherung übertragen:

Es ist nicht hinnehmbar, und deshalb untragbar, dass Vertragsinhaber rückwirkend mit erneuten Beitragszahlungen zur GKV/PV belastet werden, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht vereinbart waren!

Was ist das für eine Rechtsprechung, wenn ...

Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot für Kriminelle (Mörder, Schwerverbrecher, Sexualstraftäter und Kinderschänder) gilt, nicht aber für Arbeitnehmer, die mit jahrelangem Konsumverzicht für ihren späteren Lebensunterhalt selbst vorsorgen wollten?

Haben Kriminelle inzwischen mehr Rechte als ehrbare Bürger?

Dort wird geurteilt „es haben die Gesetze zum Zeitpunkt der Verurteilung zu gelten!“

Wo bleiben diese elementaren Rechte für Arbeitnehmer, „es haben die Gesetze zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zu gelten“?

3

Resümee:

Ehrbaren Bürgern, die sich mit eigenen Beiträgen aus ihrem Privatvermögen (Weihnachts- und Arbeitslosengeld sowie BfA-Rente) in eine vom Staat empfohlene Direktversicherung eine ergänzende Altersversorgung aufbauen wollten, wird vom Gesetzgeber und den höchsten deutschen Gerichten ...

- der Vertrauensschutz aberkannt (welch ein Hohn zum BGB und in der Rechtsprechung!),
- das Recht auf Selbstbestimmung verweigert (einseitige Vertragsänderung),
- die rückwirkende (sogar doppelte!) Verbeitragung auf ihre Ersparnisse aus Privatvermögen zugemutet (obwohl zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses kein Vertragsbestandteil),
- festgestellt, „die rückwirkende Sicherungsverwahrung ist für Kriminelle (Mörder, Schwerverbrecher, Sexualstraftäter, Kinderschänder) unzumutbar“ mit dem Hinweis „auch Mörder haben Rechte“!

4 Gipfel der Zumutung: Offenbach Post vom 12.04.2011 „Chef der Kassenärzte saht ab“

Der kürzlich wiedergewählte Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Köhler, hat sich seine Bezüge kräftig erhöhen lassen. Sein Basisgehalt steigt auf mindestens 350.000 Euro pro Jahr, bestätigten mehrere Quellen der Frankfurter Rundschau. Das entspricht einer Gehaltserhöhung um 90.000 Euro (!) oder 35 %.

Chef der Kassenärzte saht ab

35 Prozent mehr Gehalt –
Ministerium verärgert

Von Daniel Baumann und
Tímot Szent-Ivanyi

Der kürzlich wiedergewählte Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Köhler, hat sich seine Bezüge kräftig erhöhen lassen. Sein Basisgehalt steigt auf mindestens 350.000 Euro pro Jahr, bestätigten mehrere Quellen der Frankfurter Rundschau. Das entspricht einer Gehaltserhöhung um 90.000 Euro oder 35 Prozent. Köhler, Spitzenvertreter der ärztlichen Selbstverwaltung, verdient damit fast 50 Prozent mehr als der Spitzenverdiener unter den Krankenkassenchefs – und rund 75 Prozent mehr als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

„Das ist ein Schlag ins Gesicht der Ärzte“, kritisierte der Präsident der Freien Ärzteschaft, Martin Graudusius. Während das Gehalt des Kassenarztchefs steige, müssten viele Praxen Umsatzrückgänge hinnehmen, die dieser zu verantworten habe. Einem Bericht des Fachportals facharzt.de zufolge wollte die KBV die Gehaltserhöhung für den Chef ihrer Vollversammlung zunächst verschweigen. Die Sitzung sei daraufhin in einem Tumult geendet. Die KBV wollte sich gestern zu Köhlers Gehalt nicht äußern. Sie ist aber verpflichtet, die Summe zu veröffentlichen.

Zu dem Gehalt Köhlers addieren sich zusätzlich Zahlungen zur Altersvorsorge sowie Leistungen wie etwa sein Dienstwagen. In der Summe könnten sich die Bezüge Köhlers auf bis zu eine halbe Million Euro pro Jahr addieren, hieß es in gut informierten Kreisen. In der Ärzteschaft wurde die satte Gehaltserhöhung teilweise entsetzt aufgenommen. Ein Warnschuss kam vom Bundesgesundheitsministerium. „Gehaltserhöhungen in dieser Größenordnung sind nur schwer vermittelbar“, hieß es in Kreisen des Ministeriums. Offiziell teilte ein Sprecher mit, das Gehalt liege im Ermessen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, es bestehe keine Genehmigungspflicht. Seite 11

Bezug: nur die Gehaltserhöhung	./.. bei einem monat- lichen Zusatzbeitrag	ergibt Anzahl der Monate	Anzahl der Jahre
90.000,00 €	100,00 €	900	75,0

Ist es zumutbar, dass ...

ich mit meinem „erzwungenen Zusatzbeitrag“ 900 Monate (das sind 75 Jahre !) lang in die GKV einzahlen muss, nur um die Gehaltserhöhung eines Vorstandsmitglieds der Kassenärztlichen Bundesvereinigung für ein einziges Jahr sicher zu stellen!

Da aber „nur 120 Monate“ gezahlt werden müssen, werden statistisch gesehen jetzt 7,5 Beitragszahler dafür benötigt !

Mit dieser unglaublichen Selbstbedienung wird uns jetzt das große Interesse der Krankenkassen überdeutlich vor Augen geführt, dass jeder Euro gebraucht wird! Die „Quelle DV“ sprudelt ja.

Es ist nicht zu akzeptieren, dass mit den Beträgen der Gehaltsumwandlung solche Exzesse unterstützt werden.

Man verzichtet viele Jahre z. B. auf Teile von Weihnachts- und Arbeitslosengeld sowie BfA-Rente, nur damit sich Einzelne in der GKV schamlos bedienen können.

Da scheint den GKV'en jedes Mittel recht zu sein, um die eigenen Kassen zu füllen und, wie komme ich an das Geld der Beitragszahler?

Der Begriff „ABZOCKE“ trifft ins Schwarze!

Das BVerfG urteilt: „...das ist zumutbar“. Bei deren Gehältern zwischen 5.000 und 10.000 Euro mag das stimmen, bei einer BfA-Rente unter 800 Euro mit Sicherheit aber nicht mehr!

5

Das Hauptargument seitens Politik und BVerfG zur Verteidigung des GMG lautet:

„Der Gesetzgeber ist von verfassungswegen berechtigt, „jüngere Krankenversicherte“ von der Finanzierung des höheren Aufwands für die Rentner zu entlasten und die Rentner entsprechend ihrem Einkommen verstärkt zur Finanzierung heranzuziehen.“

Gegenargumente:

- 1) Die Politik beklagt mangelnden Nachwuchs, fragt aber nicht nach den Gründen. Kinder kosten die Eltern bis zu deren Volljährigkeit mindestens 100.000 Euro. Sollten die Kinder studieren, was heute fast zwingend ist, erhöht sich der Betrag auf mindestens 200.000 Euro – je Kind.

Zum Wohle des Kindes ist es erwünscht, dass zumindest ein Elternteil als Erzieher zu Hause bleibt. Das bedeutet ...

– vorübergehend weniger Einkommen mit dem Risiko, nach Beendigung der Elternteilzeit nicht mehr seinen angestammten Platz beim Arbeitgeber vorzufinden (Beamte ausgenommen),

– weniger Einzahlungen in die Rentenkasse.

Eltern haben einen höheren Aufwand und verzichten bewusst auf Einkommen zur Förderung ihrer Kinder.

Anmerkung:

Das ist ein erheblicher Beitrag „der Alten“ gegenüber der jüngeren Generation!

Leider vergisst man Selbstverständliches nur allzu gerne.

2) Sowohl ...

– die privat Versicherten (die nach Auszahlung ihrer Direktversicherung keine Beiträge entrichten müssen) als auch ...

– die Arbeitnehmer, deren betriebliche Altersversorgung vom AG als zusätzliche Gehaltszahlung in eine LV einbezahlt wurden, haben Kinder („jüngere Krankenversicherte“), die als Berufseinsteiger i. d. R. zunächst in der GKV versichert sind.

**Wo bleibt die hier „verstärkte Heranziehung“ elternseits
„entsprechend deren Einkommen“?**

Wenn schon von der Politik solche Forderungen erhoben werden, dann bitte konsequent und nicht immer nur einseitig zu Lasten derer, die sich vermeintlich nicht wehren können!

Zusammenfassung:

Im GMG wurden zur Direktversicherung (DV) die falschen Prioritäten gesetzt, Entscheidungen entgegen aller Vernunft und gesundem Menschenverstand zum großen Nachteil der Vertragsinhaber gefällt.

Gerechtigkeit, Verlässlichkeit, Vertrauensschutz, Vertragstreue, Gleichbehandlung

ausgehebelt, es wurde mit zweierlei Maß gemessen. Mit dem GMG wurde den Inhabern einer DV das Selbstbestimmungsrecht aberkannt, kommt quasi einer Entmündigung gleich. Menschen, die unseren Staat ausnutzen, werden hofiert ...,

Bürger, die Eigenverantwortung übernehmen und nicht dem Staat zur Last fallen wollen, werden von diesem als Dank für ihren Konsumverzicht auch noch doppelt bestraft. Eine widersinnige Handlungsweise.

Ein Plädoyer für ...

Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen

siehe <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/024/1502472.pdf>

Begründung:

„Die ohne Vorwarnung, ohne Übergangsregelungen und ohne ein Gesamtkonzept erfolgte Mehrbelastung vieler Rentnerinnen und Rentner durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Sie verstößt gegen das elementare Recht auf Vertrauensschutz. Diese Regelung schadet der Glaubwürdigkeit einer verlässlichen Politik und schafft eine Atmosphäre des Misstrauens ...“

... unterstützt von den Abgeordneten Rainer Brüderle, Birgit Homburger, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Wolfgang Gerhardt u.a. Man sprach von einer „kalten Enteignung!“

Ein weiterer Grund:

Unsere GKV'en „schwimmen im Geld“. Diese Milliardenüberschüsse sind auch das Ergebnis der Zwangsverbeitragung von Direktversicherten.

Es ist an der Zeit, den Betroffenen deren Privatvermögen wieder zurück zu geben..

Das Thema „Rückwirkende Verbeitragung einer Direktversicherung ab dem 01.01.2004 ohne Bestands- und Vertrauensschutz“ beherrscht wie kein anderes das Internet.

Nachfolgend nur die Beiträge bei www.altersdiskriminierung.de in der Zeit vom 02.01.2008 bis zum 05.12.2012 mit vielen Einträgen von Einzelschicksalen, zum Teil verzweifelten Menschen, die in Treu und Glauben auf Empfehlung des Gesetzgebers eine Direktversicherung abgeschlossen hatten, aber nie auf die Idee kamen, dass eine rot/grüne Bundesregierung eines Tages die unglaubliche Festlegung trifft, die Millionen Arbeitnehmern ihrer Rechte auf Bestands- und Vertrauensschutz sowie Vertragstreue beraubt und deren Lebensplanung nachhaltig zerstört.

Direktversicherung ...

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/>

02.01.2008	artikel.php?id=2364	Muss ich mir das bieten lassen?
02.01.2008	artikel.php?id=2426	Es hat mich fast umgehauen
06.02.2008	artikel.php?id=2430	Krankenkasse will 16,1%
06.08.2008	artikel.php?id=2428	Was ist mit Eigenanteilen?
19.02.2008	artikel.php?id=2449	Krankenkasse will 10 Jahre Beitrag
11.03.2008	artikel.php?id=2479	Ist das noch gerecht?
18.03.2008	artikel.php?id=2494	Was ist mit eigenen Beiträgen?
20.03.2008	artikel.php?id=2493	Ich gehe bis zum EuGH
20.03.2008	artikel.php?id=2491	Vertrauensschutz futsch
26.03.2008	artikel.php?id=2499	Krankenkassenwechsel lohnt
31.03.2008	artikel.php?id=2506	Für 2 Versicherungen zahlen
13.05.2008	artikel.php?id=2569	Das ist Rechtsstaatlich
17.05.2008	artikel.php?id=2576	Rechtsverständnis ist dahin
27.05.2008	artikel.php?id=2595	Firma hat nur fünf Jahre gezahlt
23.06.2008	artikel.php?id=2654	Abgeschlossene Verträge wertlos
27.08.2008	artikel.php?id=2737	Seit 94 keine Beiträge gezahlt
08.10.2008	artikel.php?id=2789	Arglistige Täuschung
20.10.2008	artikel.php?id=2809	KV-Beitrag frißt Rendite
28.11.2008	artikel.php?id=2855	KK-Pflicht für alle?
15.12.2008	artikel.php?id=2877	Privatversicherte bevorzugt
03.01.2009	artikel.php?id=2923	Gericht behandelt Bürger ignorant
13.01.2009	artikel.php?id=2915	Geld versaufen, gibt Kater
16.02.2009	artikel.php?id=2949	Rot-Grüne Regierung ungerecht
23.02.2009	artikel.php?id=2962	Krankenkasse profitiert
23.03.2009	artikel.php?id=2989	16.000 € für Krankenkasse
09.04.2009	artikel.php?id=3005	Das kann doch nicht wahr sein!
16.06.2009	artikel.php?id=3091	Private Altersvorsorge hat keinen Sinn mehr
18.06.2009	artikel.php?id=3094	Noch eine Klage anhängig_ADG
23.07.2009	artikel.php?id=3155	15,5% für GKV - Vollstreckung
05.10.2009	artikel.php?id=3301	10 Jahre KV-Beitrag
20.11.2009	artikel.php?id=3374	Frau Lorenzi lässt nicht locker
02.12.2009	artikel.php?id=3388	Zerstörung der Sozialsysteme durch Schwarz/Gelb
07.12.2009	artikel.php?id=3408	Aktion! Betroffene gesucht
23.12.2009	artikel.php?id=3566	Unverschämtheit
17.02.2010	artikel.php?id=3514	17% des Auszahlungsbetrags weg
04.03.2010	artikel.php?id=3552	Kampf um zuviel gezahlte Beiträge
08.04.2010	artikel.php?id=3598	Verfassungsbeschwerde
20.04.2010	artikel.php?id=3619	Abgeordnete diskriminierten
29.04.2010	artikel.php?id=3634	Das soll RECHT sein?
05.05.2010	artikel.php?id=3647	KV-Beiträge unverständlich
30.05.2010	artikel.php?id=3668	Überschüsse KV-pflichtig?
22.06.2010	artikel.php?id=3727	Petition Direktversicherung_Dr.Stoltz
28.06.2010	artikel.php?id=4734	1 Leitpetition + 44 Mehrfachpetitionen
23.07.2010	artikel.php?id=3776	Krankenkassen sacken ein_De
22.09.2010	artikel.php?id=3869	Ungleichbehandlung
28.09.2010	artikel.php?id=3936	Teilerfolg beim Verfassungsgericht
21.10.2010	artikel.php?id=3938	Jeden Monat 38 Euro weniger
27.10.2010	artikel.php?id=3953	Offener Brief an Petitionsausschuss_De
23.11.2010	artikel.php?id=4359	Standardantwort vom PA_Dr.Stoltz
14.12.2010	artikel.php?id=4042	KV-Beitrag steigt ebenfalls

18.01.2011	artikel.php?id=4099	Direktversicherung ist wie Geld unter Matratze legen
28.01.2011	artikel.php?id=4121	Milliardengeschenk für Arbeitgeber_Wutbürger
21.02.2011	artikel.php?id=4167	Freiwillig Versicherte - ausgeraubt
05.03.2011	artikel.php?id=4186	Betriebsrentner mit Direktversicherungen: Aufgepasst!
15.03.2011	artikel.php?id=3961	Das Warten auf die Rückzahlung
02.04.2011	artikel.php?id=4233	Direktversicherung Unbegreiflich
28.04.2011	artikel.php?id=4263	Schreiben an Petitionsausschuss
03.05.2011	artikel.php?id=4268	Betroffene halten still
16.05.2011	artikel.php?id=4279	Mittelstand wird Luft abgeschnürt
20.05.2011	artikel.php?id=4304	Vertragsbruch
07.06.2011	artikel.php?id=4391	Finanzieller Einschnitt
08.06.2011	artikel.php?id=4336	Direktversicherung und ZDF-Wiso
09.06.2011	artikel.php?id=4337	Direktversicherung und DIE LINKE
17.06.2011	artikel.php?id=4362	Frontal 21-Beitrag verschnarcht
06.07.2011	artikel.php?id=4412	§ 229 Versorgungsbezüge
15.08.2011	artikel.php?id=4463	Antworten auf Beschwerden rar
23.08.2011	artikel.php?id=4484	Effektivverzinsung 0,3 %
24.08.2011	artikel.php?id=4469	Zornesröte wg. Widmann-Mauz
26.08.2011	artikel.php?id=4472	Wieso Beiträge zur Pflegeversicherung?
26.08.2011	artikel.php?id=4462	Licht am Ende des Tunnels
27.08.2011	artikel.php?id=4480	Bahn-BKK schickt keine Einzelbescheide
20.09.2011	artikel.php?id=4490	Rechtsstaat adieu?
04.11.2011	artikel.php?id=4556	Direktversicherung Betrug + Trick
25.11.2011	artikel.php?id=4580	Auflösung geht nicht
28.11.2011	artikel.php?id=4581	Beitrag aus gemeinsamen Vermögen
12.12.2011	artikel.php?id=4605	Jeden Monat 121 Euro weniger
15.12.2011	artikel.php?id=4610	Direktversicherung 17,7% für KV + PV
22.12.2011	artikel.php?id=4551	Neue Petition eingereicht
28.12.2011	artikel.php?id=4629	Rendite nur für die, die 100 werden
20.01.2012	artikel.php?id=4645	Doppelt geprellt = 7.000 Euro weniger
26.01.2012	artikel.php?id=4652	Staat legt uns rein
01.02.2012	artikel.php?id=4644	Unendliche Wut!
08.02.2012	artikel.php?id=4681	Druck auf Politik nötig
20.02.2012	artikel.php?id=4701	Abzocke bei Altersvorsorge
25.02.2012	artikel.php?id=4717	Brief an diverse Volksvertreter
29.02.2012	artikel.php?id=4712	Behinderte hart betroffen
01.03.2012	artikel.php?id=4715	Brief an Ministerin v.d. Leyen_De
02.03.2012	artikel.php?id=4709	Petent schreibt an Lammert (1)
08.03.2012	artikel.php?id=4733	Brief an MDB Hasselfeldt, CSU_ADG
28.03.2012	artikel.php?id=4759	Schwarzer Freitag für Direktversicherte
02.04.2012	artikel.php?id=4768	Beschwerden über Petitionsausschuss_De
11.04.2012	artikel.php?id=4785	Frontal 21_Wohin mit Überschüssen der Kassen
12.04.2012	artikel.php?id=4782	FASSUNGSLOSIGKEIT
16.04.2012	artikel.php?id=4784	Brief an TK Vorstand Klusen
19.04.2012	artikel.php?id=4797	SPD und Vertrauensschutz
19.04.2012	artikel.php?id=4793	Petent schreibt an Lammert (2)
22.04.2012	artikel.php?id=4813	Offener Brief an Petitionsausschuss_De
29.04.2012	artikel.php?id=4816	Axa + Krankenversicherung verdienen
24.07.2012	artikel.php?id=4943	Bereits 9.000 Euro bezahlt
29.07.2012	artikel.php?id=4953	Soll 9. 000 € zahlen
01.08.2012	artikel.php?id=4958	10 Jahre 127,01 pro Monat
03.08.2012	artikel.php?id=4974	Merkel hat ein autokratisches System entwickelt
14.08.2012	artikel.php?id=4975	Jeden Monat 150 Euro
15.08.2012	artikel.php?id=4982	Schafft`s die Piratenpartei NRW
22.08.2012	artikel.php?id=4996	Brief an Kanzlerin Merkel
11.09.2012	artikel.php?id=5027	Offener Brief an Betroffene
12.09.2012	artikel.php?id=5036	Musterklage
09.10.2012	artikel.php?id=5072	Beschwerde an BVA
29.10.2012	artikel.php?id=5100	Rentenbruttobezüge gekürzt
05.12.2012	artikel.php?id=5112	2007 gab`s 6,1 Mio. Verträge

